Interpellation Sicherheit und Gesundheit von Sexarbeitenden in der Beschaffungsprostitution

Im Gebiet Kreuzstutz – insbesondere im Bereich der Bahnunterführung und der Dammstrasse – kommt es regelmässig zu sogenannter Beschaffungsprostitution. Sexarbeitende bieten dort sexuelle Dienstleistungen an, häufig im Zusammenhang mit Drogenkonsum und/oder - abhängigkeit. Laut Polizei und Stadt ist die Situation bekannt und Fachpersonen weisen auf die hohen gesundheitlichen Risiken, Gewaltvorfälle und die prekären Bedingungen hin, unter denen diese Menschen arbeiten.

Gemäss einem gestern erschienen zentralplus-Artikel¹ wird in einschlägigen Internetforen zudem in abwertender und respektloser Weise über die dort tätigen Sexarbeitenden gesprochen, was ihre ohnehin verletzliche Situation zusätzlich verschärft und zu gesellschaftlicher Stigmatisierung beiträgt.

Eine Projektbericht der Hochschule Luzern² empfiehlt, spezifische Unterstützungsangebote und Fachpersonen einzusetzen, die sowohl in Sexarbeit als auch in Suchtfragen geschult sind. Zudem braucht es laut Fachstellen sichere Rückzugsorte, mobile Hilfsangebote sowie eine bessere Vernetzung zwischen Polizei, Sozialarbeit und Gesundheitsdiensten. Die Stadt versucht bereits mittels hoher Polizeipräsenz sowie gezielter Kontaktaufnahme durch die SIP mit betroffenen Personen, die Situation zu verbessern. Trotz dieser Erkenntnisse und den bisher ergriffenen Massnahmen scheint die Situation für viele Betroffene jedoch weiterhin unsicher und gesundheitlich riskant zu sein.

Vor diesem Hintergrund bitten die Interpellant*innen den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie schätzt der Stadtrat die aktuelle Situation in Luzern und insbesondere beim Kreuzstutz in Bezug auf die Sicherheit und Gesundheit der Sexarbeitenden in der Beschaffungsprostitution ein?
- 2. Welche konkreten Massnahmen bestehen derzeit oder sind geplant, auch in Zusammenarbeit mit dem Kanton, um Sexarbeitende in der Beschaffungsprostitution vor Gewalt, Ausbeutung und gesundheitlichen Risiken insbesondere durch Drogenkonsum und unsichere Arbeitsbedingungen zu schützen?
- 3. Wie werden Fachstellen aus den Bereichen Gesundheit, Sucht und Sexarbeit in die Betreuung und Unterstützung der betroffenen Personen eingebunden?
- 4. Wie geht die Stadt mit den in Onlineforen dokumentierten, teils abwertenden und potenziell diskriminierenden Inhalten über Sexarbeitende um, und welche Möglichkeiten sieht sie, um betroffene Personen vor digitaler Diffamierung oder Gefährdung zu schützen?
- 5. Wie werden die Anwohnenden im Gebiet Kreuzstutz über die Situation informiert und in mögliche Lösungen einbezogen, um Spannungen zu vermeiden und gegenseitiges Verständnis zu fördern?

Zoé Stehlin und Christoph Landolt im Namen der SP-/JUSO-Fraktion

¹ https://www.zentralplus.ch/gesellschaft/luzerns-geheimer-drogenstrich-beim-kreuzstutz-2811141/

² https://zenodo.org/records/7759075